

Eingabe Fragen Kreiselterntervertretung zur Kommunalwahl 2023

Beitrag zu Frage 1:

Der Rechtsanspruch auf Betreuung und Bildung ab dem 1. Lebensjahr muss vom Kreis Pinneberg erfüllt und mit Leben gefüllt werden. Nur mit ausreichend und gut qualifizierten Fachkräften gelingt frühkindliche Bildung. Daher haben wir GRÜNE uns 2018/19 für die Einrichtung Vergütung der Ausbildung von Erzieher*innen an unserer Berufsschule in Pinneberg eingesetzt. Seit 2020 gibt es **flächendeckend eine Vergütung für alle Erzieher*innen** in Ausbildung hier in der Beruflichen Schule im Kreis Pinneberg (das ist einmalig im ganzen Bundesland). Wir setzen auf differenzierte Ausbildung, die passgenau ist und auch Spät- und Quereinsteiger*innen anspricht. Drei Modelle gibt es bislang:

- PiA als praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher*innen mit guten Verdiensten eingeführt in 2019, Zuschüsse ab 2023 durch den Kreis (500€ pro Monat im zweiten Ausbildungs-Jahr für die Kommunen), 2022/23 durch das Land (in 2022 400€ pro Monat im ersten Ausbildungsjahr, ab 2023 sind es 800€ im Monat)
- kreiseigenes Stipendium i.H. der bundesweiten Mindest-Ausbildungsvergütung für alle Erzieher*innen in vollschulischer Ausbildung befindliche Erzieherinnen, insbesondere die ohne Meisterbafög-Anspruch (wie verheiratete), Durch eine 50% Rückzahlungspflicht, die nur dann greift, wenn man nicht mind 3 Jahre nach der Ausbildung im Kreis Pinneberg arbeitet, wird unser lokaler Fachkräftemangel gemildert.
- Klasse für 2-jähr. Ausbildung, für alle, die schon einen SPA haben, hier ist die Möglichkeit mit Meisterbafög zu lernen (rückzahlungsfrei über Bundesmittel)

Ab 2023 wird es zwei Klassen für Praxisintegrierte Ausbildung geben, wir haben damit die Ausbildungs-Kapazitäten vor Ort um 25 Prozent gesteigert. Zudem gibt es eine Klasse für die Heilerziehungspflege, die wir für die Inklusion noch stärker fördern müssen. Noch zu planen ist die praxisintegrierte SPA Ausbildung, die jetzt vom Grünen Sozialministerium in SH mit vorbereitet wird. Ebenfalls im Land beschlossen ist ein Stufenplan zur Einstellung von Helfenden Händen, der ab dem kommenden Jahr auch im Kreis Pinneberg greifen wird. Der Zuzug von Geflüchteten aus unterschiedlichen Herkunftsländern bietet Chancen auch für die Qualifikation und die Einstellung von Kita-Fachkräften. Durch die Beschäftigung von

Migrant*innen würden Kita einen wichtigen Integrationsbeitrag leisten und auf Eltern mit Migrationshintergrund attraktiv wirken.

Durch schöne und moderne KiTas, attraktive Träger und Fortbildungen, eine verbesserte Personalverfügungszeit und die Freistellung von Leitungen (in kleinen KiTas) wollen wir die Fachkräfte aus der Metropolregion überzeugen, sich hier im Kreis Pinneberg zu bewerben. Gleichzeitig versuchen wir dieses Thema bei der Evaluation der KiTa-Reform in Schleswig-Holstein zu setzen und landesweit für bessere Bedingungen zu kämpfen.

Beitrag zu Frage 2:

Bildung muss in einem wohlhabenden Land wie dem unseren kostenfrei und allen gleich zugänglich sein. Es darf keine finanziellen Hürden für die Nutzung einer Kita oder Tagespflege geben. Auf der anderen Seite braucht es Mittel für den Qualitätsausbau, von dem letztlich alle Kinder profitieren. Nur gute KiTas, die für alle sozialen Schichten gleich attraktiv sind, schaffen langfristig Zusammenhalt. Verhältnisse wie in anderen Ländern mit teuren Privat-KiTas und kostenloser Grundbetreuung lehnen wir ab.

In SH gibt es zwar immer noch KiTa-Gebühren, gleichzeitig muss man die positiven Entwicklungen der letzten Jahre in den Blick nehmen. Wir Grüne können sehr selbstbewusst sagen, ohne die Lokalen Kräfte im Kreis Pinneberg hätte es die massive Senkung der KiTa-Gebühren seit Einführung der KiTa-Reform nicht gegeben. Als Kreiselternvertreterin und später Jugendpolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion hat Nadine Mai in der Grünen Partei für eine deutlich Gebührensenkung geworben. Mit viel Erfolg: In 2018 kostete ein 8 ST. Platz für U3-Kinder 456€, inzwischen sind es 232€. Für diese fast 50% Senkung sind unter anderem die damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag und KiTapolitische Sprecherin Eka von Kalben, die im Kreis Pinneberg lebt, und die Grüne Finanzministerin Monika Heinold, die Erzieherin gelernt hat, verantwortlich. Für die Betreuung strebt die Landesregierung mittelfristig Beitragsfreiheit an, was wir unterstützen. Im Rahmen unserer Kreistagsentscheidungen haben wir uns zudem für eine übergreifende Geschwisterermäßigung von KiTa bis Grundschule eingesetzt (siehe 4).

Beitrag zu Frage 3:

Die gemeinsame Mittagsmahlzeit ist wichtiger integrativer Bestandteil im Kita-Alltag und fördert die soziale Kompetenzentwicklung von Kindern. Der Kreis als zuständiger Träger übernimmt im Rahmen von Bildung und Teilhabe bereits die Finanzierung von Kita-Mittagessen für Eltern, die Bürgergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld beziehen. Dieses Angebot muss noch besser bekanntgemacht werden und dafür werden wir uns z. B. über den Beirat des Jobcenters Pinneberg einsetzen.

Wir sind der Meinung, dass kein Kind aus finanziellen Gründen vom Kita-Mittagessen ausgeschlossen werden sollte. Deshalb werden wir in der neuen Wahlperiode prüfen, welche finanziellen Möglichkeiten bestehen, auch Kinder von Geringverdienenden, die kein Bürgergeld, Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, die tägliche warme Mittagsmahlzeit zu ermöglichen. Große Hoffnung setzen wir in diesem Zusammenhang auch in die Einführung der Kindergrundsicherung auf Bundesebene.

Gleichzeitig wollen wir fördern, dass die Erzieher*innen und Tagespflegepersonen die Mahlzeiten auch gesund, inklusiv und sinnreich gestalten können. Gut ausgebaute Kinderküchen, eigene Gartenflächen, Hofbesuche und natürlich helfende Hände bei der Zubereitung sind uns daher ein großes Anliegen.

Beitrag zu Frage 4:

Gleichwertige und optimale Startchancen in der Schule sind uns wichtig. Unsere KiTas bilden dafür die wichtigste Grundlage. Anstatt durch ungenügende Schulvorbereitung hohe Folgekosten in Schulbegleitung zu produzieren, wollen wir allen Kindern einen optimalen Start in der Schule ermöglichen. Dies schaffen wir zum einen durch mehr KiTa-Plätze, d.h. die Umsetzung des Rechtsanspruchs. Aber auch durch gute Programme wie SPRINT für Sprachförderung, die Vorschulkonzepte sowie das Modell Rucksack-KiTa, das im Kreis Pinneberg extra gefördert und evaluiert wird. Vorstellen können wir uns auch ein landesweites, gut ausgestattetes „Entdeckungsjahr“ für 5jährige Kinder, das mit mehr Fachkräften, mit Ausflügen und einer intensiveren Elternbegleitung vor Ort ermöglicht wird. In den Kitas und in Grundschulen soll in der Übergangsbegleitung der Personalschlüssel erhöht werden. Gleichzeitig kann das Platzangebot des gebundenen und offenen Ganztags in den Vormittagsstunden effektiv eingebunden werden, um weitere Vorschulprogramme anzubieten. Ein besonderer Fokus liegt zudem auf dem fachlichen Austausch der am Übergang beteiligten Institutionen. Für den fachlichen Austausch zwischen Einrichtungen und den Bildungsspezialist:innen muss im Bereich Schullasistenz mehr Personal bereitgestellt werden.

Beitrag zu Frage 5:

Als Grüne im Kreis Pinneberg wollten wir immer weitere Ermäßigungen für Mehrkindfamilien und Geringverdienende sowie klare Regeln für die Erstattung von Elternbeiträgen bei Gruppenschließungen umsetzen. Leider war mit den politischen Partnern bislang keine Mehrheit zu erzielen. Die übergreifende Geschwister-Ermäßigung über Kita und die Ganztagsbetreuung in der Grundschule hinweg, die wir seit Jahren fordern und beantragen, wurde im Februar 2023 endlich im Jugendhilfeausschuss beschlossen. Sie muss nun noch im Kreistag bestätigt werden. Damit werden alle Eltern entlastet, nicht nur die, die für ihre Kinder einen Hortplatz erhalten haben. Vorstellbar ist zudem eine Familienermäßigung, die jedes im Haushalt lebende Kind berücksichtigt. Wir haben zudem dafür geworben, dass Kommunen den Ganztags ausbauen, um alle Eltern zur Ermäßigung zu befähigen.

Beitrag zu Frage 6:

Der Grundstein für eine inklusive Gesellschaft wird in jungen Jahren gelegt. Inklusion ist dann erfolgreich, wenn sie mit hohem Engagement und gemeinsam mit den Familien und Einrichtungen gelebt wird. Dazu werden wir Inklusionszentren aufbauen, die vom Land gegenfinanziert werden und wollen mehr Heilerziehungspfleger*innen ausbilden. Wir setzen uns in der Evaluation beim Land für die personelle Aufstockung und mehr I Gruppen ein. Darüber hinaus wollen wir Menschen mit Behinderung als Fachkräfte in

Bildungseinrichtungen einbinden, um Inklusion auch im Kreis der Beschäftigten wirksam werden zu lassen.

Wir wollen erreichen, dass geflüchtete Kinder von Beginn an in reguläre Kitas gehen können und werden mit der Ausweitung des Rucksack Projekts die Integration der Familien fördern. Wir wollen mit dem Start des Ganztagsrechtsanspruchs auch die Schulbegleitung, die für Kinder nach der KiTa wichtig ist, besser in den Ganzttag einbinden.

Beitrag zu Frage 7:

Die bedarfsgerechte Verfügbarkeit von Kita-Betreuungsplätzen ist für berufstätige Eltern und für Kinder aus herausfordernden Verhältnissen oder zum Spracherwerb unverzichtbar. Dabei sollten die Kita-Plätze wohnortnah zur Verfügung stehen. Der KITA-Platz Ausbau hat für uns GRÜNE daher seit jeher eine hohe Priorität. Wir haben ab 2018 Mittel i.H.v. 3 Mio€ pro Jahr für unsere Kommunen für KiTa-Bau zur Verfügung gestellt und ein attraktives Fördersystem für die Mittel aufgelegt. Keine Hürden (diese werden ausschließlich vom Land festgesetzt). Der Pro Platz Zuschuss betrug 2018 1500€, die Grünen haben sich 2019 erfolgreich für eine Reform und Erhöhung auf 2500€ eingesetzt, in 2021 wurde der Zuschuss dann auf mind. 8000€ pro Platz erhöht. Inzwischen sind die Kreismittel eine hoch attraktive Quelle und tragen zum stärkeren Ausbau bei.

Wir wollen einen intensiven Dialog mit den Kommunen zur Frage der Kostenerstattung bei Kita Schließungen und zur Frage von flexiblen Betreuungszeiten führen. Es muss flächendeckend Angebote für den Früh- und Spätdienst geben, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in allen Branchen gelingt.

Der schulische Ganzttag ist für die Erreichung gleicher (Bildungs-)Chancen besonders wichtig. Nur wenn alle Kinder selbstverständlich gemeinsam Mittagessen, bei den Hausaufgaben benötigte Unterstützung erhalten und sich in Kursen treffen können, reduziert sich der Einfluss negativer häuslicher Faktoren auf den Bildungserfolg.